

Kampf gegen zweite Röhre

GOTTHARD sda. Zu teuer, umwelt-schädlich, trügerisch: Die Gegner einer zweiten Gotthardröhre kritisieren das vor zwei Wochen vom Parlament verabschiedete Tunnelprojekt aufs Schärfste. Gestern hat der breit abgestützte Verein «Nein zur zweiten Gotthardröhre» erste Unterschriften fürs Referendum gesammelt.

Über fünfzig nationale, regionale und lokale Organisationen und Parteien machen mobil gegen den Bau eines zweiten Strassentunnels am Gotthard, wie das Komitee gestern vor den Medien in Bern verkündete. Das Referendum ist keine Überraschung, bereits während der Parlamentsdebatte brachten sich die Gegner des Tunnelprojekts in Stellung.

Die Argumente sind deshalb auch nicht neu: Die Gegner befürchten, dass nach der Inbetriebnahme beider Tunnel über kurz oder lang in jeder Richtung auf zwei Spuren gefahren wird. Damit würde die Kapazität erhöht, was dem Alpenschutzartikel in der Bundesverfassung widerspreche.

Geberkantone blitzen ab

FINANZAUSGLEICH sda. Die Finanzkommission des Ständerates will beim Finanzausgleich die Geberkantone nicht entlasten. Sie stellt sich gegen den Vorschlag des Bundesrates, die Beiträge der reichen Kantone leicht zu senken. Mit 7 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen beantragt die Kommission dem Ständerat, den Ressourcenausgleich für die nächsten vier Jahre in der bisherigen Höhe weiterzuführen, wie Kommissionspräsident Hans Altherr (FDP, Appenzell Ausserrhoden) gestern vor den Medien sagte.

Nehmerkantone in der Mehrheit

Die Nehmerkantone, die in der Mehrheit sind, haben sich in der Kommission deutlich durchgesetzt. Die Diskussion sei nicht entlang der Parteilinien, sondern entlang der Grenze zwischen Geber- und Nehmerkantonen verlaufen, bestätigte Altherr. Die Kommission habe den wachsenden Widerstand in der Bevölkerung der Geberkantone zur Kenntnis genommen. Aus Sicht der Mehrheit gebe es aber derzeit keinen Grund für Änderungen. In den Geberkantonen seien nicht nur die Beiträge an den Finanzausgleich angestiegen, sondern auch die Steuereinnahmen, gab Altherr zu bedenken. Kein Kanton habe mehr abliefern müssen, als er zusätzlich eingenommen habe.

NACHRICHTEN

Widmer-Schlumpf gegen Initiative

GOLDRESERVEN sda. Die Initianten der Goldinitiative wollen die Handlungsfähigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sicherstellen. Finanzministerin **Eveline Widmer-Schlumpf** widerspricht: Eine Annahme der Initiative am 30. November würde die Nationalbank in ihrem Handeln stark einschränken. Anders als von den Initianten behauptet, würde die Stabilität des Frankens dadurch nicht zu-, sondern abnehmen. Die von SVP-Exponenten lancierte Initiative «Rettet unser Schweizer Gold» fordert unter anderem, dass die SNB künftig mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in unverkäuflichem Gold halten muss.

Asbest: Runder Tisch gefordert

GESUNDHEIT sda. Der Streit um die Bewältigung der Asbestfolgen geht in die nächste Runde. Knapp zwei Wochen nachdem der Nationalrat eine rückwirkende Verjährungsfrist abgelehnt hat, fordern Gewerkschafter einen runden Tisch zum Thema.

Viel Widerstand gegen Ecopop



Ständerat Thomas Minder sprach gestern bei der Medienkonferenz des überparteilichen Komitees «Ja zu Ecopop» in Bern.

Keystone/Peter Klaunzer

INITIATIVE Ecopop will die Einwanderung fix beschränken und die freiwillige Familienplanung fördern. Die politische Unterstützung für die Initiative ist gering: Alle grossen Parteien lehnen sie ab.

TOBIAS GAFAFER, BERN
schweiz@luzernerzeitung.ch

Nach dem Ja zur SVP-Initiative vom Februar steht bereits die nächste Abstimmung zur Einwanderung bevor. Am 28. November entscheidet das Volk über Ecopop: Die Initiative will die jährliche Nettozuwanderung auf 0,2 Prozent der Bevölkerung beschränken und Mittel der Entwicklungshilfe in die freiwillige Familienplanung in Entwicklungsländern stecken. Im Parlament fiel sie wuchtig durch: Nur drei SVP-Nationalräte, darunter Yvette Estermann (Luzern), Lukas Reimann (St. Gallen) und Ständerat Thomas Minder (Schaffhausen/parteilos), stimmten zu. Auch an der Basis scheint der Rückhalt gering: Die Delegiertenversammlungen der grossen Parteien – inklusive der SVP – schmetterten die Initiative ebenfalls ab. Support gibt es von rechts aussen: Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) fasste vor kurzem die Ja-Parole. Auch die Schweizer Demokraten unterstützen die Initiative, wie sie bereits 2012 beschlossen haben.

Politiker aus der zweiten Reihe

Ecopop sieht sich selber jedoch zu Unrecht in die rechte Ecke gestellt. Neun Vertreter des Pro-Komitees eröffneten gestern vor den Medien den Abstimmungskampf (siehe Text unten). Darunter waren Mitglieder der Grünen, der GLP, der SP oder der EVP. Damit wollten die Initianten zeigen, dass ihr Anliegen breit abgestützt ist. Mit Ausnahme von Minder und Anne Marie-Rey, Vorkämpferin für die Fristenlösung, handelte es sich aber um wenig bekannte Exponenten. Das Spektrum reichte vom emeritierten Professor und SVP-Parteigänger Hans Geiger bis zu Toni Reichmuth, dem Ex-Präsidenten der Grünen des Kantons Schwyz, der von «postdemokratischen Visionen» sprach.

Für die Initianten lebt die Schweiz wegen der starken Einwanderung über ihren Verhältnissen. Die Einwohnerzahl wachse zu schnell, was die Natur an den Rand dränge und die Infrastrukturen belaste. Die geforderte Einwande-

rungsgrenze liege im Durchschnitt der EU-Länder. Die starre Quote wäre mit der Personenfreizügigkeit und damit mit den Bilateralen mit der EU unvereinbar. Für Ecopop-Präsident Benno Büeler werden Letztere wegen der Masseneinwanderungsinitiative und wegen der EU aber so oder so «verschwinden». Eine Belastung ist für die Initianten zudem das globale Bevölkerungswachstum. Deshalb wollen sie 10 Prozent der Entwicklungshilfe in die Förderung der Familienplanung in Drittweltländern stecken. Auch dies soll letztlich die Einwanderung bremsen.

Entwicklungshelfer bezeichnen diesen Ansatz als falsch. Das Problem seien vielmehr die fehlende Bildung und die Armut. Das sieht nicht nur das linke, sondern auch das bürgerliche Nein-Komitee so. Es sei absurd, pro Jahr 200 Millionen in Kondome oder die Aufklärung zu investieren. Die Geburtenzahlen würden dort sinken, wo die Menschen eine Perspektive und eine Ausbildung hätten.

Früher Gegen-Abstimmungskampf

Zudem blockiere die starre Quote die Schweiz. Der Mangel an dringend benötigten Fachkräften verschärfe sich. Ecopop setze die Bilateralen aufs Spiel, während die offener formulierte Einwanderungsinitiative bei der Umsetzung zumindest etwas Spielraum lasse. Auch die Wissenschaft und die Kultur, die sich vor dem 9. Februar zurückhielten, engagieren sich dieses Mal früh im Abstimmungskampf. Die Unis warnen, die starre Quote würde sie empfindlich treffen.

Druckmittel Ecopop

BERN sda. Benno Büeler, Präsident des Initiativkomitees, argumentiert, dass das Bevölkerungswachstum auf ein ökologisch vertretbares Mass reduziert werden müsse. Er betonte, dass die Zahl von 0,2 Prozent sich auf die Nettozuwanderung beziehe. Verliessen jährlich rund 90 000 Menschen die Schweiz, könnten nach einer Annahme der Initiative immer noch über 100 000 neu einwandern.

Die Initianten sehen ihr Begehren nicht zuletzt als Druckmittel zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder sprach von «Arbeitsverweigerung». «Man will gar nichts ändern.» Das gegenwärtige Bevölkerungswachstum sei aber nicht nachhaltig. «Es bringt uns vom Wohlstand weg.»

Parteien zehren von Löhnen ihrer Amtsträger

PARTEISTEUERN Parlamen-tarier entrichten einen Teil ihres Lohnes an ihre Partei. Für diese sind die Beiträge eine wichtige Finanzierungsquelle.

Knapp 80 000 Franken erhält ein Nationalrat pro Jahr für sein Amt. Das Einkommen eines Ständerats liegt im Durchschnitt sogar über 90 000 Franken – und das ohne Spesen. Eine ansehnliche Entschädigung für ein Mandat, das – so ist es zumindest vorgesehen – nur ein Nebenamt ist.

Allerdings: Die Volksvertreter dürfen nicht ihren ganzen Lohn behalten. Neben dem Steueramt fordert auch die eigene Partei einen Anteil ein. Diesen so genannten Mandatsbeitrag müssen nicht nur Parlamentarier entrichten, sondern auch Bundesräte, Richter und bei einzelnen Parteien sogar hohe Beamte.

Die Politikwissenschaftler Nicole Bolleyer und Siim Trumm von der britischen Universität Exeter haben die Praxis der «Parteisteuern» erstmals detailliert und für verschiedene Staaten untersucht. Gemäss ihrer Analyse sind Mandatsbeiträge in den angelsächsischen Ländern überhaupt nicht üblich. Dagegen bitten in West- und Mitteleuropa sämtliche grossen Parteien ihre Amtsträger zur Kasse. An der Spitze stehen Frankreich

und Italien: Dort müssen Abgeordnete mehr als 20 Prozent ihres Einkommens abgeben.

Demgegenüber sind die Schweizer Parteien relativ bescheiden, wie eine Umfrage unserer Zeitung zeigt. Die National- und Ständeräte der SVP müssen pro Jahr je 2500 Franken an ihre Partei abgeben. Bei einem Nationalrat macht das etwas mehr als 3 Prozent des Einkommens aus. Im gleichen Bereich bewegt sich der Beitrag bei der CVP mit 3000 Franken. Etwas höher liegt der Anteil bei der SP, deren Parlamentarier jeweils rund 4,5 Prozent ihres Nettoeinkommens abliefern müssen. FDP und BDP geben keine Auskunft zur Höhe der Mandatsbeiträge. Auch die Grünen machen keine konkreten Angaben.

Zusätzlich zu den Beiträgen auf nationaler Ebene müssen die Parlamentarier in der Regel eine Abgabe an die Kantonalpartei und teilweise auch an die Ortspartei leisten. Speziell ist die Regelung bei den Grünliberalen: Deren Parlamentarier bezahlen keine Mandatsbeiträge auf Bundesebene, sondern ausschliesslich an die Kantonalpartei. Die Höhe sei von Kanton zu Kanton unterschiedlich, bewege sich aber oft um 10 Prozent, sagt Jonas Wolfensberger von der GLP Schweiz.

Wichtige Einnahmequelle

Für die Parteien sind die Abgaben ihrer Amtsträger eine wichtige Einnahmequelle. Bei der CVP Schweiz belaufen sich die Mandatsbeiträge auf insgesamt etwa

So viel muss ein Nationalrat zahlen

Partei	Mandatsbeitrag*
SP	rund 4,5 Prozent
CVP	rund 4 Prozent
SVP	rund 3 Prozent
FDP	keine Angabe
BDP	keine Angabe

* Anteil am Einkommen; nur nationale Partei

260 000 Franken pro Jahr und machen damit etwa 15 Prozent ihres Budgets aus. Bei der SVP bewegt sich der Betrag in einem ähnlichen Rahmen, macht aufgrund des höheren Budgets prozentual aber weniger aus. Den höchsten Anteil am Budget machen die Mandatsbeiträge bei den Grünen aus: Mit rund 230 000 Franken tragen die Amtsträger fast 20 Prozent des Etats. In absoluten Zahlen liegt dagegen die SP an der Spitze: Bei ihr summieren sich die Beiträge auf knapp 500 000 Franken pro Jahr.

Dieses Bild deckt sich mit den Erkenntnissen von Bolleyer und Trumm: Sie kommen in ihrer Untersuchung zum Schluss, dass linke Parteien tendenziell

mehr Geld von ihren Abgeordneten verlangen als rechte.

Beiträge dürfen nicht zu hoch sein

Die Mandatsbeiträge seien ein nicht vernachlässigbarer Teil der Parteibudgets, sagt Hilmar Gernet. «Die Parteien können darauf nicht verzichten.» Der ehemalige Generalsekretär der CVP hat ein Buch über die Parteienfinanzierung in der Schweiz verfasst. Er hält es grundsätzlich für legitim, dass die Parteien von ihren Amtsträgern eine Abgabe verlangen. Diese dürfe jedoch nicht zu hoch angesetzt sein, weil es sich sonst nur noch Profipolitiker mit zahlreichen lukrativen Nebenämtern leisten könnten, im Parlament zu sitzen. «Es kann nicht sein, dass jene, die sich aktiv in der Politik engagieren, diese auch noch finanzieren müssen», sagt Gernet. Der Luzerner fordert einen grundsätzlichen Umbau des Systems. Statt der Amtsträger sollte die öffentliche Hand einen grösseren Beitrag an die Finanzierung der Parteien leisten, findet Gernet: Es brauche eine direkte staatliche Finanzierung. «Die Parteien haben grosse Probleme, sich zu finanzieren», begründet er seinen Vorschlag. «In den Generalsekretariaten aller grossen Parteien zusammen arbeiten weniger Leute als beispielsweise bei Economie-suisse.» Eine staatliche Parteienfinanzierung würde aus seiner Sicht dazu beitragen, «dass sich die Akteure wieder auf gleicher Augenhöhe bewegen».

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch